

ten. Das ist dort der Fall, wo die Unternehmer keine neuen Maschinen, Werkzeuge usw. beschaffen müssen und wo sie damit rechnen, daß die Arbeiter noch so angezogen werden können, daß sie in der verkürzten Arbeitszeit annähernd daselbe leisten wie vorher. Der Lohnabzug wird die härteste Pein für den Arbeiter sein.

Wie wenig Hoffnung die Arbeitslosen haben können, durch die geplante gezielte Anordnung von Kurzarbeit wieder Arbeitsmöglichkeit zu erhalten, zeigen die Erhebungen, die der ADGB-Vorstand selbst gemacht hat. Im letzten Bericht des ADGB wird festgestellt, daß bereits seit Monaten in wichtigen Industrien durchschnittliche Arbeitszeiten bestehen, die weit unter der 40-Stunden-Woche liegen. Schon im Januar d. J. betrug in folgenden Industrien die durchschnittliche Arbeitszeit:

Gewerbe	Stunden
Maschinenbau	40,1
Vederszeugung	34,04
Baumwollweberei	37,52
Schuhindustrie	35
Zigaretten	33,8
Teppich- und Möbelstoffweberei	37,6
Kuhrberghau	38,5

Diese Berechnung zeigt, daß schon heute die meisten Arbeiter dieser Industrien verkürzt arbeiten und zwar viele unter 40 Stunden wöchentlich. Wenn da jetzt auch die 40-Stundenwoche gezielte angeordnet würde, so würden in diesen Industrien so gut wie keine Arbeiter neu eingestellt werden. Außerdem sollen nach den Vorschlägen der Brauns-Kommission die gezielte Arbeitszeitverkürzung von vornherein nicht in Betracht kommen für der Bergbau- und Hüttenindustrie, für Bauwerke und Landwirtschaft, Handel und Verkehr. Was bleibt also übrig? Wo soll die Industrie sein, die bei gezielter Durchführung der 40-Stundenwoche ohne Lohnausgleich

eine nennenswerte Anzahl Arbeitslose aufnehmen würde? Es gibt keine solche Industrie. Auf Grund der Durchführung der Vorschläge der Brauns-Kommission werden die Massen der Arbeitslosen keine Beschäftigungsmöglichkeit finden. Das Geschrei der kapitalistischen Presse, die behauptet, daß dadurch eine Million Arbeitslose Arbeit bekommen werden, ist ein großer Schwindel.

Das bankrotte kapitalistische System kann überhaupt die Millionenarbeitslosigkeit nicht mehr eindämmen. Eine gewisse unmittelbare Milderung der Arbeitslosigkeit kann nur erlangt werden, wenn der

**Sieben-Stundentag mit vollem Lohnausgleich**

auf der ganzen Linie für alle Arbeiter, Angestellten und Beamten durchgeführt wird. Nur wenn der volle Lohnausgleich erlangt wird, fällt der Zwang größerer Beharbeitszeit und können die Arbeiter der Antreiberei der Unternehmer erfolgreichen Widerstand entgegensetzen. Der 7-Stundentag mit vollem Lohnausgleich kann aber nur im härtesten Kampf gegen die herrschende Klasse errungen werden.

Von den Maßnahmen Brünings kann kein Arbeiter eine Besserung seiner Lage erwarten, sie bringen nur neue ungeheure Not über die arbeitende Bevölkerung. Wohl wollen Brünung und die SPD-Führer den Arbeitslosen Hoffnungen machen, um den Klassenkampf gegen die Brünung-Maßnahmen abzuwenden. Die nähere Beleuchtung der Wirklichkeit zeigt aber allen Arbeitslosen und Betriebsräten, daß sie keinen Augenblick in ihrem Kampf gegen dieses System nachlassen dürfen. Der kommende 1. Mai muß zu einem wichtigen Kampftag gegen die Lohn- und Unterhaltungsgräber werden. Markiert am 1. Mai in Einheitsfront unter Führung der KPD und KGO auf! Nehmt Beschlässe und bildet Massenkomitees in den Betrieben und Stempelstellen!

# „Spionage“-Heke gegen KGO und UGGW

**Politische Brunnenvergiftung der Bourgeoisprelle wie 1914**

Berlin, 18. April. (Eig. Drahtmeldung.)

Die bürgerliche Presse bringt in sensationeller Aufmachung, daß der in Frankfurt am Main verhaftete Genosse Karl Dienstbach, der ehemalige Betriebsrat in den höchsten Postämtern war, sich als „Spiegel der russischen Handelsgesellschaft“ betätigt haben soll. Desgleichen wird die Verhaftung des Genossen Erik Stellen aus Berlin aus gleicher Ursache gemeldet.

Beide sind Funktionäre der KGO. Die Heberchristen „Die KGO als Spiegeltentrale“ und „Industriespionage für die Sowjetunion“ zeigen auf, worauf es hier ankommt! Die Chemikerarbeiten von der KGO zum Streik gegen Kohntaub und Unternehmermilch aufgeföhrt. Die Betriebsratswahlen haben

die KGO zu einem bedeutenden Faktor in der Giftgasindustrie gemacht. Dieses ist selbstverständlich für die Bourgeoisie untragbar. Deshalb versucht sie, die KGO als Spiegeltentrale der Sowjetunion zu denunzieren, um durch eine Staatsaktion die KGO zu verbieten!

Gleichzeitig beweißen die Pressemeldungen, wie sich Deutschland mehr denn je in die Antisowjetfront einreicht. Auch gegen die Sowjetunion soll der Schlag geführt werden. Die Arbeiterschaft wird sich durch solche Meldungen, durch derlei politische Brunnenvergiftung und die Spionageheke der Bourgeoisie, die an 1914 erinnert, nicht beirren lassen, sondern mit der KPD und der KGO einen Schwamm gegen den Aufmarsch gegen die Sowjetunion bilden.

# 23 Jahre in der SPD, jetzt zur KPD

**„Missbilligung“ der Leipziger Rechten gegen Graf / Seydewitz für „Kameradschaftlichkeits und Einheit“ mit Wels / SPD-Urweiler gegen Danziger Treuzerpolitik**

Oberhausen, 10. April. (Eig. Bericht) Nach 23-jähriger Zugehörigkeit zur SPD und nach 27-jähriger Zugehörigkeit zum KPD, ist der Arbeiter Wilhelm Schleißel Oberhausen, Kaiserfeld 3, zur Kommunistischen Partei übergetreten.

Der erweiterte Parteivorstand Leipzigs hat nach einem Referat Kipinitis und einem Korreferat Grafs beschlossen, Graf, der zu den Rechten gehört, die Missbilligung auszusprechen. Die ehemaligen Leipziger „Linken“ haben sich schon seit längerem als idiomatische Wels-Reute und Panzerkreuzer und Volkseigenen enthielten. Angesichts der klauen, klauwüchigen Haltung Grafs, der als echter „Linker“ immer wieder die Einheit und Geschlossenheit behauptet, ist es kein Wunder, daß die Missbilligung sogar einstimmig erfolgte. Die schwächliche Haltung der „linken“ SPD-Führer gegenüber den Rechten (die auf der Tatsache basiert, daß sie in der Grundlinie eins sind mit dem Panzerkreuzer)

genannten „linken“ Führer. Haben sie sich etwa von der Gesamtpolitik der sozialistischen Führung abgegrenzt? Nein, sie unterstützen jede Schandtat und wenn sie beim Panzerkreuzer Baus der Reiche tanzen, so taten sie es nur, um die Abwanderung hunderttausender Mitglieder in das revolutionäre Lager zu verhindern. Darum müssen die ehrlichen, klauenbewußten sozialdemokratischen Arbeiter, ohne auf das Gejammer der „linken“ Rücksicht zu nehmen, den konsequenten Schritt zur roten Klassenfront vollziehen.

## Die lächliche SPD spottet ihrer selbst

Der laute Einspruch der kommunistischen Landtagsfraktion gegen den Reichstag der Regierung nach der Inkrafttreten der Einseitigen des Hausbesitzesplan selbständig durchzuführen, hat die gesamte Regierungspresse, besonders aber die SPD-Presse aus dem Häuschen gebracht. Die SPD „spottet“ über diesen Einspruch, weil er sich gegen eine „übliche verfassungsgemäße Erhebung des Geschäftsganges der Staatsverwaltung“ richtet, die stets und von allen Regierungen so durchgeführt worden ist, wenn der Hausbesitzplan zu Beginn des neuen Rechnungsjahres noch nicht verabschiedet war. Die SPD-Führer stellen sich dummer als sie sind. Sie wollen nicht sehen, daß die SPD eben das „übliche“ Verfahren der eigenmächtigen Geschäftserhebung in einer verkehrten Situation fällt, da der Paragraph 48 des Reichs- und Regierungsschied sich täglich aufs neue als Brünung-Fisale, d. h. als Regierung der Vorbereitung und Durchführung der schändlichen Diktatur erweist. Diese verkehrte Situation verlangt, jede Möglichkeit auszunutzen, um dem diktatorischen Handeln der Regierung entgegenzutreten. Dies gebietet das Interesse der werktätigen Bevölkerung, als deren Schutzwart die Kommunisten stets und ständig auftreten, unbeeinträchtigt von Hohn und Spott der offenen und heimlichen Feinde der Arbeiterschaft.

Die SPD weiß ja, weshalb sie so eifrig der Regierung zur Seite tritt. Das man doch gerade im lächlichen Osten die Verteilung kommunistischer Flugblätter unterliegt, in denen die SPD als Schrittmacherin des Faschismus entlarvt wird. Um solchen Preis lohnt es sich für die SPD-Presse, sich ein wenig dumm zu stellen und in launiger Einheitsfront mit „Rechten“ und „Nachrichtlichen“ über die „nahe KPD“ zu spotten. Wie harmlos die Pläne und die Praxis der Regierung Schied sind, und was die Meinung des in Sachfen wohl nicht ganz einflußreichen Großkapitals betrifft, darüber könnte man ja bei Herrn Wittke oder Herrn Lippe einiges erfahren. Bei den guten Verbindungen der SPD-Presse zu diesen Herrschaften, müßte es doch nicht allzu schwer fallen.

## Morgen bringt die „Arbeiterstimme“ Interview mit Frau Dr. Klenke

tenorstand und nur mit demagogischen Phrasen die SPD-Arbeiter zu fangen (sich bemühen), offenbar auch ein Artikel von Seydewitz in der Sonnabendnummer des Sächsischen Volksblattes, der lautmurm dahnpläffert und in einem Referat zum „Kameradschaftlichen“ Besprechung der „Reinigungsarbeiten“, zur „Geschlossenheit und Einheit“ mündet.

Um der Empörung in den sozialdemokratischen Mitgliederkreisen ein Ventil zu öffnen, veröffentlicht die Chemnitzer Volkstimme in den letzten Tagen einige Aufsätze sozialdemokratischer Funktionäre zum Panzerkreuzerplan und der Tolerierung der Brünung-Regierung, die zum Teil sehr interessant sind

**SPD-Funktionäre kritisiert Jahr**  
(Chemnig) schreibt:  
„Verlassen wir die Dinge nicht zu mildern. Der Panzerkreuzer ist Schmal. Wie werden die Folgen (sich) erlangt zu tragen haben. Es gibt Dinge, die schlimmer sind als ein Panzerkreuzer. Wie haben sie geschickt: Reichswehr- und Marine-Stat, Notverordnung und was alles damit zusammenhängt, ungeheure Verbindlichkeitsverpflichtungen von Schiedsgerichten usw.“

Der **SPD-Funktionäre Karl Hüster** wendet sich gegen jede Unterstützung der Regierung. Brünung mit folgenden Bemerkungen:

„Das verhält sich mit der Panzerkreuzerbestimmung war der Weltanschauung der Regierung. Keine Regierung hat sich jemals bei den Arbeitern beliebt gemacht und Verbindlichkeitsverpflichtungen auf legalen und wirtschaftlichen Gebieten auferlegt, als gerade die Regierung Brünung.“  
Zweifelloso spiegeln diese Aufsätze die Stimmung der sozialdemokratischen Mitglieder wieder, aber was taten denn die

# Genosse Thälmann aus dem Gesamtverband ausgeschlossen!

Genosse Ernst Thälmann erhielt vom Bundesvorstand des Gesamtverbandes folgendes vom 8. April 1931 datiertes Schreiben: „In Hinblick auf die Mitteilung, daß Sie auf Antrag durch den Bundesvorstand gemäß § 5, Ziffer 1a und b des Verbandsstatutes aus unserer Organisation ausgeschlossen worden sind.“

Gesamtverband der Arbeiternehmer der öffentlichen Betriebe und des Postwesen- und Wegenerverkehrs. Der Bundesvorstand, gen.: Reder.“

Damit ist der Ausschluss des Genossen Thälmann vollzogen. Die Gewerkschaftsstruktur hat es nicht gewagt, auch nur mit einem einzigen Wort auf das glänzende Schreiben des Genossen Thälmann einzugehen, in dem er eine gründliche Würdigung mit der Gewerkschaftsstruktur gehalten hat.

Die Arbeiter werden damit antizipiert, daß sie sich in Reihen der KGO, der einzigen gewerkschaftlichen Kampforganisation des deutschen Proletariats anschließen!

# „Vollrevolution über Deutschland“

Die Rede des Genossen Thälmann auf dem Januar-Plenum des ZK der KPD

Das ist der Titel der Rede des Führers der Kommunistischen Partei, des Genossen Thälmann, die er auf dem Januar-Plenum des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands gehalten hat und die jetzt als Broschüre vom Zentralkomitee der KPD zum Preise von 20 Pfennig herausgegeben und bei allen Literaturverletern der Partei erhältlich ist.

Die Rede des Genossen Thälmann geht weit über den Inhalt der sonst üblichen Broschüren hinaus. Die meisterhafte Behandlung der wichtigsten Probleme der Krise des Kapitalismus und des Kampfes des arbeitenden Volkes unter der Führung der Kommunistischen Partei, wie sie in dem Referat des Genossen Thälmann im Plenum des ZK zum Ausdruck kam, kommt auch in der vorliegenden Broschüre zur Geltung.

Genosse Thälmann gibt zunächst eine gründliche Analyse der Situation des Kapitalismus im allgemeinen und der Lage in Deutschland im besonderen. In klarer, verständlicher Form werden die Ursachen der Krise, ihre Ausweitungen auf die arbeitende Bevölkerung dargelegt und mittels der Methode des Marxismus der Charakter der allgemeinen Krise des Kapitalismus und die Wechselwirkung zwischen all einer inneren Krise und der gegenwärtigen äußeren Krise des Kapitalismus bestimmt und die Perspektive für die weitere Entwicklung gezogen. Genosse Thälmann ist sich gründlich mit den sozialdemokratischen Theorien auseinandersetzt, die der Arbeiterschaft glauben machen wollen, daß die gegenwärtige Krise des Kapitalismus eine der üblichen „normalen Krisen“ sei, die auf die eben übliche „normale“ Weise überwunden werden könnte. Zusammenfassend stellt er fest:

„Der Charakter der heutigen Krise ist der einer zutiefst allgemeinen Krise auf dem Boden der allgemeinen Krise des kapitalistischen Systems im Zeitalter des Monopolkapitalismus. Hier müssen wir die dialektische Wechselwirkung zwischen der allgemeinen Krise und der periodischen Krise verstehen. Einerseits nimmt die periodische Krise heftiger und noch nie dagewesene Formen an, weil sie sich auf dem Boden der allgemeinen Krise des Kapitalismus vollzieht, weil sie von den Bedingungen des Monopolkapitalismus beherrscht wird. Andererseits wirken wiederum die Fortschritte durch die periodische Krise vertiefend und beschleunigend auf die allgemeine Krise des kapitalistischen Systems und rufen Erdbeben hervor, die weitestgehend auch durch keinen einmaligen Umwälzung in die Depression oder irgend eine Erholung wieder ausgeglichen werden können. Dabei muss betont werden, daß für einen solchen Umwälzung gegenwärtig selbst nach allen bürgerlichen Zeitstellungen keinerlei Anzeichen vorhanden sind.“

Nachdem Genosse Thälmann die Methoden aufgezeigt hat, mit deren Hilfe die Bourgeoisie die Krise überwinden will, werden nicht nur der verkehrte Lohnraub, der Heben der sozialen Einrichtungen, sondern auch die Durchführung der schändlichen Diktatur gelehrt, wobei Genosse Thälmann in ausführlicher Weise und gründlich die Probleme des Faschismus behandelt, kommt er zu der Aufgabenstellung für die Kommunistische Partei und für die Arbeiterschaft, um die Krise des Kapitalismus auf revolutionärem Wege, durch die proletarische Revolution, zu überwinden. „Der Zusammenbruch des Kapitalismus, wie ihn Marx und Lenin aufzuweisen, ist ein historischer Zusammenbruch, kein mechanischer, kein automatischer. Wir müssen die Situation ausgewogelt für den Kapitalismus machen. Schon der Ruhrkampf hat gezeigt, ein gewaltiger, krisenverschärfender Faktor jeder Lohnkampf auf Grund seiner heutigen politischen Bedeutung werden kann, wenn ihn das Proletariat unter richtiger Führung durch die KGO entlockt. In Offeningsgeleiten, in der Gegenoffensive, im revolutionären Klassenkampf des Proletariats liegt der Schlüssel zur revolutionären Situation.“

Genosse Thälmann behandelt dann eingetragene die Hauptaufgabe der Partei, die KGO zu einer Massenorganisation zu machen und mit ihrer Hilfe die Kämpfe des Proletariats zu organisieren. Die Fragen des Massenkampfes gegen den Faschismus, die Gewinnung der sozialdemokratischen Arbeiter für die Einheitsfront des Proletariats werden in eindringlicher Klarheit dargelegt. Im Zusammenhang damit wird die theoretische Krise der Sozialdemokratie aufgezeigt und die Rolle der SPD als Hülfspolizist des Faschismus charakterisiert. Ebenso eindringlich wird die Frage der Hegemonie des Proletariats, die Führung der anderen Schichten des arbeitenden Volkes, Kleinbauern, werkschaffender Mittelklassen, im Kampfe gegen den Faschismus gestellt.

In hochentwickelter Selbstkritik werden die Fortschritte und Mängel der Arbeit der Partei, die Lehren der Streikämpfe und die Aufgaben der KGO festgelegt, wobei einige besonders dringliche Fragen, die sich aus dem raschen Wachsen der Partei und der höheren Aufgabenstellung ergeben, wie die Frage der Heranbildung neuer Parteifunktionäre und der Funktionäre der Massenorganisationen ausführlich behandelt werden.

## Wahlfrage der Gegner der Monarchie in Spanien

Madrid, 13. April. (Eig. Drahtmeldung.)

Die TH meldet, gegen die ersten Teilergebnisse der Gemeindevahlen in Spanien einen außerordentlichen Erfolg der Gegner der Monarchie und Diktatur. Bisher sollen die Republikaner, Sozialisten usw. in 28 von 30 Provinzhauptstädten und anderen Großstädten eine Mehrheit erreicht haben. Dies zeigt den Bankrott der schändlichen Diktatur, die jedoch keineswegs gewillt ist, ohne weiteres abzutreten!

Im einzelnen wurden gewählt in: Toledo: Monarchisten 18, Anti-Monarchisten 15; Salamanca: Mon. 15, Anti-Mon. 25; Valladolid: Mon. 14, Anti-Mon. 28; Murcia: Mon. 4, Anti-Mon. 14; Pontevedra: Mon. 4, Anti-Mon. 18; Salamanca: Mon. 12, Anti-Mon. 19; Valencia: Mon. 18, Anti-Mon. 32; Leon: Mon. 7, Anti-Mon. 18; Ciudad Real: Mon. 8, Anti-Mon. 18; Coroba: Mon. 17, Anti-Mon. 27; Saragossa: Mon. 17, Anti-Mon. 30.